

Berlin, 26. Mai 2020

## **Kommunen jetzt stärken**

### Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion

Die Auswirkungen der Corona-Krise treffen Städte, Dörfer und Gemeinden überall in Deutschland hart: Die Gesundheitskosten steigen, Ausgaben für soziale Leistungen wachsen, während eigene Einnahmen aus kommunalen Einrichtungen wegfallen. Gleichzeitig brechen die Steuereinnahmen ein. Allen voran sinkt die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Kommunen dramatisch. Die Steuerschätzung prognostiziert nur für dieses Jahr Ausfälle in Höhe von 12 Milliarden Euro.

Wenn die Kommunen deutlich weniger Einnahmen haben, bleibt ihnen – ohne Hilfe von außen - keine andere Möglichkeit, als den Rotstift anzusetzen: bei Kitas und Schulen, beim örtlichen Busverkehr, bei Wohnungen, Straßen und Schwimmbädern oder der kulturellen Infrastruktur.

Ebenso fallen die Kommunen als Impulsgeber für einen konjunkturellen Aufschwung aus. Etwa 60 Prozent aller öffentlichen Aufträge tragen die Kommunen in Deutschland.

Um die Investitionskraft aller Kommunen zu stärken, die Bedingungen guter Lebensqualität zu sichern und gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu ermöglichen, muss der Staat handeln. Es ist unstrittig, dass die Ausweitung öffentlicher Investitionen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärkt. Deshalb bekräftigen wir die Vorschläge von Bundesfinanzminister Olaf Scholz für einen Kommunalen Solidaripakt 2020.

Der pauschalierte Ausgleich für die Corona-bedingten Ausfälle bei der Gewerbesteuer durch Bund und Land als kurzfristige Hilfe entlastet alle Kommunen in Deutschland. Um die Investitionsfähigkeit aller Kommunen zu stärken, muss die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle unmittelbar mit einer Entschuldung finanzschwacher Kommunen verknüpft werden. Es ist hinreichend bewiesen, dass die finanzschwachen Kommunen auf Grund der Schuldenlast einerseits und den regional deutlich höheren Sozialausgaben bei gleichzeitig geringeren Steuereinnahmen nicht in der Lage sind, die erforderlichen kommunalen Investitionen zu leisten. Diese ohnehin prekäre Situation wird durch die Folgen der Corona Pandemie dramatisch verschärft. Wenn die Steuerausfälle aller Kommunen nicht mit einer Entschuldung der finanzschwachen Kommunen verknüpft wird, verpufft der so wichtige konjunkturelle Impuls zur Wiederbelebung der Wirtschaft und verschärft die regionalen Unterschiede der Lebensbedingungen in Deutschland noch weiter.

Wir begrüßen auch den Vorschlag, dass sich der Bund ab 2021 zur Hälfte an den Kosten der ostdeutschen Länder aus dem Zusatzversorgungssystem der DDR beteiligen will. Damit gewinnen auch die ostdeutschen Länder finanzielle Spielräume für Investitionen und zur Stärkung der kommunalen Wohnungswirtschaft.

**Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf:**

- Den vorgeschlagenen Rettungsschirm für Kommunen zur Entlastung für Gewerbesteuerausfälle und Hilfe für überschuldete Kommunen unverzüglich auf den Weg zu bringen, um die Kommunen mit liquiden Mitteln auszustatten, ihre Handlungsfähigkeit sicherzustellen und damit die Wirtschaft durch ihre Investitionen deutlich zu unterstützen.
- Gemeinsam mit den betroffenen Ländern die Altschulden der finanzschwachen Kommunen abzulösen, um so die Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen und die notwendigen Investitionen aller Kommunen in Deutschland zu verstärken.
- Einen eigenen Beitrag zur Unterstützung der ostdeutschen Bundesländer zu leisten und sich hälftig an den Finanzierungskosten der Lasten aus Zusatzversorgungssystemen der DDR zu beteiligen, um auch hier die erforderlichen Investitionen zu mobilisieren.
- Die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken, indem kommunale Zukunftsinvestitionen weiter hochgefahren werden - im Zuge des Konjunkturprogramms ebenso wie im Rahmen der auf längere Sicht notwendigen gesamtstaatlichen Investitionsoffensive. Mit Blick auf die soziale Infrastruktur und die Herausforderungen der energetischen und ökologischen Modernisierung müssen dabei Konjunktur- und Innovationsimpulse sinnvoll miteinander verbunden werden.